

Pressemitteilung 2318

17.09.2023

CO₂-Abgaben vernichten Industrie und Wohlstand

Die „Steuern“ für CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen steigen ständig weiter durch die Verknappung von EU-Emissionsrechten und durch zusätzliche Abgaben in Deutschland auf Brenn- und Treibstoffe. Wohlstandsverluste und Abwanderung der Industrie sind die Folge. Das „Heizungsgesetz“ verstärkt diesen Prozess.

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, verlangt die Heizungen auf „grüne“ Energieträger umzustellen. Darunter wird die Energie aus Wind und Sonne verstanden. In 114 Paragraphen und 11 Anlagen wird detailliert vorgeschrieben, was beim Heizen noch erlaubt ist. Wer die Vorschriften verletzt, dem drohen in § 108 Bußgelder bis zu 50.000 Euro.

Dieses Gesetz wurde von der Lobby-Organisation *Agora-Energiewende* ausgearbeitet unter der Führung von Patrik Graichen, den Wirtschaftsminister Habeck zum Staatssekretär ernannt und dann wegen Vetternwirtschaft wieder entlassen hatte. Selbstdarstellung von *Agora Energiewende*: „Als unabhängiges Denk- und Politiklabor haben wir uns den Klima- und Energiezielen verschrieben, die von der europäischen und deutschen Politik beschlossen wurden.“ Die mehr als 80 Mitarbeiter von dem gemeinnützigen Verein werden vorwiegend von amerikanischen und deutschen Stiftungen und zusätzlich vom deutschen Steuerzahler mit ca. 18 Millionen Euro/Jahr finanziert.

Kosten und Folgen des Heizungsgesetzes

Die Richtkosten für die Heizungsumstellung und Wärmedämmung nach dem Gebäudeenergiegesetz liegen bei 50.000 Euro je Wohnung und 100.000 für ein Einfamilienhaus. Um diese Kosten erhöhen sich auch Neubauten. Die Folgen sind:

1. Viele Hausbesitzer verfügen über solche Summen nicht. Sie müssen ihr Eigentum verkaufen. Bei dem dann vorliegenden Überangebot sinken die Preise. Immobilienhaie machen ein Schnäppchen, während die Hausbesitzer ihr Vermögen verlieren und bei steigenden Mieten zu Sozialhilfe-Empfängern werden.
2. Die hohen Umstellkosten treiben die Mieten hoch auf monatlich 15 Euro/Quadratmeter und mehr. Solche Mieten können die meisten Arbeitnehmer und fast alle Rentner nicht aufbringen. Auch staatliche Zuschüsse in der benötigten Höhe sind nicht verfügbar. Als Ausweg wird dann die derzeitige grün-linke Regierung eine obere Mietpreisgrenze einführen, die dem Hausbesitzer keine Rendite mehr lässt.

Damit fehlt Geld für die Bauerhaltung. Die Immobilien verfallen. Die DDR lässt grüßen.

3. Da die Forderungen des GEG die Baukosten und damit die Mieten unbezahlbar machen, werden sich keine Investoren für die dringend benötigten Neubauten finden. Ansteigende Zinsen sind dagegen nur ein Nebenschauplatz.

4. Die Mehrkosten von 50.000 Euro je Wohnung dürften 1.000 Euro Heizkostensparnis im Jahr bringen. Dann hätten sich die Aufwendungen ohne Zinsen erst in 50 Jahren amortisiert. Auch die Energieeinsparung ist dürftig. Der Energieaufwand, der auch für die Umstellung nötig ist, wird frühestens erst nach 10 Jahren durch Einsparung von Heizenergie ausgeglichen.

5. Die bis ins Einzelne gehenden Vorschriften des GEG lassen für neue Ideen zum Verringern der Heizungskosten wenig Spielraum. Das Gesetz blockiert Entwicklungen.

Klimaneutralität ist Wunschdenken

Die Grünen sagen, das Heizungsgesetz mit der Nutzung von Wind- und Solarstrom zur Wärmeerzeugung sei notwendig, damit in Deutschland das Heizen bezahlbar bleibe. Denn Heizöl und Erdgas würden unerschwinglich teuer. Den Grund dafür verschweigen sie oder deuten ihn versteckt nur an: Die CO₂-Abgaben auf Kohle, Erdöl und Erdgas sollen vervielfacht werden, bis die Kosten für fossile Brennstoffe unerschwinglich sind. So wollen sie die „Klimaneutralität“ erreichen, eine Welt ohne fossile Brennstoffe.

Doch auf die fossilen Brennstoffe sind wir auf nicht absehbare Zeit angewiesen. Sie sind die preiswertesten und verlässlichsten Energieträger. Sie sind die Basis für unseren Wohlstand und für eine wettbewerbsfähige Industrie. Wind- und Solarstrom lassen sich in ein durch fossile Kraftwerke stabiles Stromnetz nur begrenzt einspeisen. Dazu müssen die Regelleistungen dieser herkömmlichen Kraftwerke erhöht werden. Nicht mehr der Markt bestimmt die Energiekosten, sondern die grüne Politik durch Festlegen der CO₂-Abgaben. 10 Euro Emissionskosten je Tonne CO₂ verteuern den Kohle- und Gasstrom um einen Cent/Kilowattstunde, die Treibstoffe um 3 Cent/Liter und das Heizgas um 0,3 Cent/Kilowattstunde. Mit jeder Anhebung dieser Abgaben wird die Energie teurer. Die Grünen planen einen stetigen Anstieg der Abgaben auf 300 Euro je Tonne CO₂. Zurzeit liegen die Abgaben bei 100 Euro für die Stromerzeugung. Für Treibstoffe und Heizgas sollen sie von 30 auf 40 Euro im nächsten Jahr steigen. Mit jeder Bundestagswahl kann ein Anstieg der CO₂-Abgaben gestoppt oder gestrichen werden. Das führt zu wesentlichen Änderungen der Energiekosten.

Schlimme Folgen der CO₂-Bepreisung

Steuern und Zölle auf politisch verfemte Waren sind beliebt, um die Nachfrage nach diesen Waren zu vermindern. Gleichzeitig bescheren sie dem Staat mehr Einnahmen. Bei der Tabaksteuer zum Beispiel kann man das gutheißen. Weniger Rauchen schadet nur der Tabakindustrie, auf die man notfalls verzichten kann, und die Bevölkerung lebt gesünder ohne Rauchen. Schlimm würde es dagegen, wenn

sich Menschen wegen einer Brotsteuer Brot nicht mehr leisten könnten und verhungern würden. So haben denn hohe CO₂-Abgaben auf Brennstoffe gleich mehrere schlimme Folgen:

- Das Heizen wird nicht mehr bezahlbar. Es gibt Tote durch Erfrieren.
- Hohe Energiekosten treiben die Industrie ins Ausland oder in die Insolvenz.
- Investitionen werden gestoppt, wenn die Energiekosten unberechenbar sind.
- Kaufkraft und Steueraufkommen sinken.
- Produktionskosten steigen. Wohlstand sinkt.
- Forschung und Entwicklung verkümmern.

Wir können auf Kohle, Eröl und Erdgas nicht verzichten

Die Behauptung von Politikern und „Wirtschaftsweisen“, die Bepreisung von CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen sei das marktgerechte Mittel zu ihrer Minderung, ist ein Trugschluss. Wir brauchen die fossilen Brennstoffe ohne politische Verteuerung jetzt und in Zukunft. Nur so können wir unseren Wohlstand halten und mehren sowie im weltweiten Wettbewerb bestehen. Die CO₂-Bepreisung und Energiesteuer müssen fallen. Die Verstromung der heimischen Braunkohle darf nicht eingeschränkt, sondern muss ausgebaut werden, um nicht vollständig auf den Import von Energie angewiesen zu sein. So können wir Erpressungen vom Ausland ein wenig verringern und, falls Importe einmal ausbleiben, wenigstens eine Notstromversorgung sicherstellen.

Der grüne Strom aus Wind und Sonne ist keine sichere Energieversorgung. Er kann kein stabiles Stromnetz aufbauen und halten (Fakepower). Er braucht zusätzlich Reservekraftwerke für die gesamte Netzleistung, die einspringen müssen, wenn Dunkelflaute herrscht. Und er ist 4-mal teurer als Strom aus fossilen Brennstoffen.

Viel Fakepower wird vernichtet

Das Vorhalten der doppelten Stromerzeugung (Kraftwerkstrom und Fakepower) verbraucht viel Energie. Inzwischen haben wir schon zu viele Fakepower-Anlagen. Sie erzeugen bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger mehr Strom, der nicht gebraucht wird. Entweder müssen dann Anlagen abgeschaltet oder der Strom muss kostenpflichtig entsorgt werden. Die Börsenpreise rutschen in den negativen Bereich. Muss der Betreiber seine Anlagen abschalten, erhält er für den nicht benötigten und nicht gelieferten Strom eine Ausfallvergütung nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG). Ein Bäcker dagegen, der zu viele Brötchen gebacken hat, bleibt üblicher- und verständlicherweise entschädigungslos auf seinen Brötchen sitzen.

Die Abgaben auf CO₂-Emissionen haben inzwischen 50 Milliarden Euro/Jahr überschritten. Eine Verdopplung dieser Abgaben auf Brenn- und Treibstoffe ist per Gesetz bereits festgelegt. Damit dürfte der noch verbliebenen Industrie in Deutschland auch das letzte Quäntchen Rentabilität genommen werden.

Die geschilderten Grausamkeiten der Energiewende seien zur Klimarettung erforderlich, sagt die grün-linke Ampelregierung. Das CO₂ aus fossilen Brennstoffen sei schuld an einer kritischen Erwärmung der Erde. Doch zwei Grundfragen bleiben unbeantwortet:

Warum wird Wasserdampf, der wesentlich das Wetter und damit das Klima prägt, bei der Klima-Diskussion nicht beachtet? Warum nennen die zahlreichen Klimaforscher keinen Optimalwert für die CO₂-Konzentration in der Luft, der die Erderwärmung begrenzt und ausreichenden Pflanzenwuchs ermöglicht?

Hans-Günter Appel